

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2016 P 14.3832 Fünzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau
(N 14.9.16, Caroni [Feller])

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, inwiefern im Stockwerkeigentumsrecht (Art. 712a ff. ZGB) fünfzig Jahre seit seiner Einführung Anpassungsbedarf besteht.

Postulatsbericht des Bundesrates vom 8. März 2019 «Fünzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.3832 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 M 15.3323 Einsichtsrecht betreffend Grundbuchabfragen via Terravis
(N 21.9.15, Egloff; S 29.2.16)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird beauftragt, die Grundbuchverordnung dahingehend anzupassen, dass den Grundeigentümern ein Einsichtsrecht betreffend die Protokolle von E-Gris gewährt wird, damit sie die zu ihren Grundstücken getätigten Abfragen überprüfen und allfällige Missbräuche der E-Gris-Aufsicht zur Kenntnis bringen können. Das geforderte Einsichtsrecht ist auf das eigene Grundstück und einen definierten Zeitraum beschränkt. Ein Auszug der Protokolle soll ohne Angabe von Gründen per Post angefordert werden können. Die Betriebsorganisation E-Gris darf dafür nur einen geringfügigen Unkostenbeitrag verlangen und hat die entsprechenden Abläufe und Routinen vorzusehen, damit das Einsichtsrecht unkompliziert gewährt werden kann.

Mit der Änderung vom 20. September 2019 der Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 (SR 211.432.1, AS 2019 3049), welche auf den 1. Juli 2020 in Kraft tritt, wird neu ein Einsichtsrecht für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer in die Protokolle vorgesehen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 16.3004 Bussenkompetenz von Transportunternehmen
(N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)

Eingereichter Text: Der Bundesrat wird ersucht, eine Evaluation vorzunehmen über die Möglichkeiten, die Zweckmässigkeit und die Umsetzbarkeit einer Änderung der einschlägigen Gesetzgebung (Personenbeförderungsgesetz, SR 745.1; Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr, SR 745.2; Eisenbahngesetz, SR 742.101; Binnenschiffahrtsgesetz, SR 747.201;